



## Liebe Leserin, lieber Leser,

das Jahr neigt sich so langsam dem Ende zu, Weihnachten steht vor der Tür.

Die Redaktion wünscht allen Mitarbeitern/innen besinnliche Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Apropos Rutsch, der Winter 2010/2011 wird eine glatte Sache auf dem Werksgelände von Boehringer Ingelheim Biberach.

Aber auch sonst war das Jahr recht stürmisch.

Mit der JAV Wahl wurde das Wahljahr abgeschlossen.

Immer wieder beschäftigen uns die persönlichen Schicksale unserer Kollegen/innen. Dabei ist es egal, in welchem Arbeitsverhältnis sich die Kollegen/innen befinden, ob befristet, unbefristet oder gar AÜ, jeder hat ähnliche Probleme.

Deswegen berichten wir heute über wichtige Themen wie Teilzeit, technisches Eintrittsdatum und prekäre Beschäftigung. Aber auch die Umfrage der IG BCE an die BI Frauen in der Kantine brachte interessante Informationen zu Tage, nicht nur Deutschland ist in Schieflage.

Die Redaktion

## Änderung in der Redaktion,

zum Oktober dieses Jahres hat sich Sebastian Jäger leider entschlossen, die Pillendreher Redaktion zu verlassen. Wir möchten ihm hiermit unseren herzlichen Dank für die Zusammenarbeit aussprechen.

Die Redaktion besteht nun noch aus uns vieren, deswegen suchen wir tatkräftige Unterstützung.

Wer sich am Pillendreher beteiligen möchte, kann sich gern an ein Redaktionsmitglied wenden. Desweiteren suchen wir einen Karikaturisten.

Nicole Weiss für die Redaktion

## Impressum

### V.i.S.d.P.:

Thomas Echtermeyer, IG BCE  
Ulm, 89073 Ulm,  
Weinhof 23

### Redaktion:

Nicole Weiss,  
Anja Kiesle,  
Johannes Oberdörfer

### Layout:

Nikolai Roosz

### Druck:

Druckerei R. Marquart,  
Aulendorf

### E-Mail:

Pillendreher-IGBCE@gmx.de

## Sie finden in der Ausgabe 127

Deutschland in Schieflage	S2
Prekäre Beschäftigung	S3
Boehringer-Frauen haben was zu sagen	S4
Technisches Eintrittsdatum	S5
Der Einkauf schafft sich ab	S6
Wegfall der Sozialversicherungspflicht für Dual Studierende	S7
Aktuelle Themen in der JAV	S8
Betriebsversammlung	S9
JAV-Wahl	S10
KBV Teilzeit	S10

## Deutschland in Schiefelage

Auch IGBCE-Mitglieder von Boehringer Ingelheim waren unter den zirka 50.000 Teilnehmern an der DGB-Kundgebung „Deutschland in Schiefelage“ in Stuttgart. Am Samstag, den 13. November, fuhren sie mit vielen anderen Gewerkschaftlern mit einem der vom DGB organisierten Sonderzüge nach Stuttgart.



Anlass für die Kundgebung war das neue Sparpaket der schwarz-gelben Regierung Merkel/Westerwelle. Hauptkritikpunkte waren der Missbrauch der Leiharbeit und Niedriglöhne, die falsche Sparpolitik in Kommunen und Ländern, insbesondere das marode Bildungssystem, ständig steigende Gebühren für Bildungseinrichtungen aller Art, Altersarmut und die Rente mit 67 sowie das Missachten geltender Verträge zum Atomkraftausstieg. Ein kurz zuvor gefasster Bundestagsbeschluss zum Gesundheitswesen sorgte für großen

Unmut: Die gleichmäßige Finanzierung der Krankenkassenbeiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird zu Gunsten der Arbeitgeber beendet. Der Arbeitgeberanteil beim Beitrag wird künftig festgeschrieben, Mehrkosten bleiben allein an den gesetzlich Versicherten hängen. Die Zweiklassenmedizin wird weiter ausgebaut.

Unter großem Beifall der Demonstranten forderten die Rednerinnen und Redner, darunter auch DGB-Landeschef Niko Landgraf und IG-Metall-Chef Berthold Huber, die Bundesregierung zu einem grundlegenden Kurswechsel auf und sagten deren Politik der sozialen Spaltung den Kampf an.

Wenn Politik nur noch für eine kleine Minderheit gemacht wird, dann wenden sich die Menschen von der Demokratie ab. Sie gehen nicht mehr wählen und fallen auf rechtspopulistische Rattenfänger herein (Berthold Huber, erster Vorsitzender der IG-Metall).



Insgesamt hatten an diesem 13. November an vier Orten in ganz Deutschland rund 100.000 Menschen demonstriert und eine sozial gerechte Politik gefordert.

Christine Frey

## Prekäre Beschäftigung auf dem Weg von der Ausnahme zur Regel

### Was sind prekäre Beschäftigungen?

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse zeichnen sich durch Kurzfristigkeit, Unsicherheit und geringe Bezahlung aus. Damit erzeugen diese Arbeitsverhältnisse bei den Betroffenen Angst und Unklarheit nicht nur über ihre berufliche Zukunft, sondern sie reichen in alle anderen Lebensbereiche hinein. Um das Ziel, die Übernahme in ein 'Normalarbeitsverhältnis' (unbefristet, Vollzeit, Tariflohn, mit Kündigungsschutz und Betriebsrat, einem Einkommen, mit dem Mann/Frau leben kann und mit Rentenbeitragszahlungen für ein Auskommen im Alter) zu erreichen, nicht zu gefährden, werden zudem häufig physische und psychische (Arbeits-) Belastungen ignoriert.

Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Minijobs und schlecht bezahlte Teilzeitarbeitsverhältnisse verdrängen immer mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, denn inzwischen entspricht nur noch rund die Hälfte aller Beschäftigungen den Standards unbefristeter Vollzeitarbeit. Prekäre Arbeit mit unsicheren Zukunftsperspektiven verfestigt sich zusehends zu einem Dauerzustand.

### Verschlechterung der Bedingungen für die Leiharbeitnehmer mit der Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes

Mit der Reform des AÜG am 01.01.2004 haben sich die Bedingungen für Leiharbeitnehmer verschlechtert. U. a. sah das AÜG vor 2004 ein Verbot von Befristungen vor. Das Beschäftigungsrisiko sollte der Verleiher (z.B. Manpower) tragen und bei einer vorübergehenden Nichtbeschäftigung die Vergütung weiterhin übernehmen. Es galt das **Synchronisationsverbot**.

Unter **Synchronisationsverbot** versteht man das gesetzliche Verbot, Arbeitsverträge für Zeitarbeitnehmer zeitlich mit der Dauer des bevorstehenden Einsatzes zu synchronisieren. In Frankreich beispielsweise ist dies nicht nur nicht verboten, sondern sogar Pflicht. Durch die Hartz-Gesetze wurde das Synchronisationsverbot aufgehoben. Seit der Gesetzesänderung sind Befristungen der Leiharbeitsverhältnisse im Rahmen des Teilzeit- und Befristungsgesetzes zulässig.

Dies hat zur Folge, dass der Einsatz von Leiharbeitnehmern zu einer hohen Flexibilität in den Entleiherbetrieben führt und immer beliebter wird. Bei Nichteinsatz droht dem Leiharbeiternehmer eine Kündigung mit dem Hinweis, bei besserer Auftragslage wieder eingestellt zu werden. Hire and Fire lässt grüßen!

Ist es gerechtfertigt, dass die Entleiherbetriebe Dauerarbeitsplätze durch Leiharbeitsplätze ersetzen und sich auf diese Weise ihre Flexibilität holen? Nicht zu vergessen, dass diese Kolleginnen und Kollegen weit weniger verdienen!

Deshalb sollte bei der Überarbeitung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes darauf geachtet werden, dass das Synchronisationsverbot wieder aufgenommen wird. Und wenn schon Flexibilität über Leiharbeit erfolgt, soll diese wenigstens entsprechend vergütet werden. Aus diesem Grund fordern wir zusätzlich equal-pay!

Freddy Speth

## Boehringer-Frauen haben was zu sagen

IG BCE will wissen, was Frauen in den Unternehmen wirklich bewegt

Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern von bis zu 23 Prozent seien keine Seltenheit, so das Statistische Bundesamt im Mai diesen Jahres. „Firmen vernachlässigen die Frauen“, titelte die Financial Times Deutschland jüngst zum gleichen Thema und stellte fest, dass in Deutschland immer noch viel zu wenige Frauen Führungspositionen bekleiden. Im Rahmen der Aktion „Ich sage was!“ möchte die IG BCE von den Kolleginnen in den Betrieben wissen, ob sich diese Themen auch in ihrer Arbeitswirklichkeit widerspiegeln.

Gemeinsam mit Betriebsrätinnen und Vertrauensfrauen der Firma Boehringer Ingelheim hat der Bezirk Ulm hierzu im Werk in Biberach einen Informationstag veranstaltet. In der Kantine wurden Umfragezettel verteilt und Gespräche geführt, um der Statistik ein Gesicht zu geben. Das Ergebnis war eindeutig. „Entgeltgleichheit für Frauen“ und „Balance von Lebens- und Arbeitszeit“ waren die am häufigsten genannten Themen. „Nicht jede Frau hat einen Partner und somit eine zweite Lohntüte“ beschied uns eine Kollegin aus der Verpackung und fügte hinzu, dass „die



Leistungsfähigkeit bei dem zunehmenden Leistungsdruck immer weiter nachlässt“. Unter der „ungerechten Bezahlung leiden besonders die alleinerziehenden Mütter, die neben allen lebenspraktischen Problemen auch noch weniger Geld zur Verfügung haben“, ergänzte eine andere Kollegin. Auch Themen wie eine Frauenquote in Führungspositionen oder das fehlende Angebot von Teilzeitmodellen wurden angesprochen.



Die Reaktionen der Kolleginnen bei Boehringer zeigen, dass sich die Arbeitswelt der Lebenswirklichkeit von vielen Frauen noch nicht angepasst hat. Möglichkeiten, einen vernünftigen Ausgleich zwischen Lebens- und Arbeitszeit herzustellen, werden nicht ausreichend genutzt und Diskriminierung bei der Bezahlung nicht aus dem Weg geräumt.

Es ist die Aufgabe der IG BCE, dies weiter zu adressieren und für gleiche Chancen zu kämpfen. Ein gutes Beispiel hierfür ist der durch die IG BCE angestoßene Elternzeitstammtisch bei Boehringer. Hier werden

Eltern während der Elternzeit regelmäßig zum Austausch über aktuelle Themen im Betrieb und der Elternzeit eingeladen. Damit bleiben sie nah am Geschehen, sind informiert und erfahren Wertschätzung. Das dient sowohl dem Unternehmen als auch den Eltern bei einem reibungslosen Wiedereinstieg.

Diesem guten Beispiel müssen wir weiter folgen und uns stark machen für „Starke Frauen“.

(Nils Hilmer, IG BCE Bezirk Ulm)



## Technisches Eintrittsdatum und die von SAP erzeugten Tücken



In SAP werden sämtliche relevante Daten festgehalten, so auch das Eintrittsdatum. Solange keine Unterbrechungen im Arbeitsleben aufzuweisen sind, ist alles unproblematisch. Spätestens bei Unterbrechungen (und wenn sie nur ein paar Tagen dauern), generiert SAP ein zusätzliches Feld: „technisches Eintrittsdatum“.

### Beispiel:

Eine Mitarbeiterin wird 2004 befristet eingestellt. Nach Ablauf der 3. Verlängerung zum 30.06.2006 erhält sie eine 4. Verlängerung, allerdings erst zum 05.07.2006. Da die Verlängerung nicht nahtlos erfolgt, wird ein technisches Eintrittsdatum generiert. Im ersten Moment nicht schlimm. Spätestens aber, wenn der Betriebsrat wissen möchte, wer vor 2006 befristet eingestellt wurde, um mit der Personalabteilung in Verhandlung wegen unbefristeten Übernahmen zu treten, fällt diese Mitarbeiterin aus der Auswertung heraus.

In der KBV „Regeln für die betriebliche Zusammenarbeit“ ist der Punkt Unternehmenszugehörigkeit klar geregelt. Bei unterbrochener Zugehörigkeit werden Unterbrechungen bis zu 3 Monaten auf die Zugehörigkeit zum Unternehmensverband angerechnet - sprich, es ändert sich am Eintrittsdatum nichts!

Bei längeren Unterbrechungen werden frühere Zeiten dann angerechnet, wenn der betreffende Mitarbeiter wieder so lange dem Unternehmensverband angehört, wie seine Zugehörigkeit unterbrochen war. Auch da gibt es immer wieder Schwierigkeiten. Kolleginnen, die unbefristet beschäftigt waren und wegen Kindererziehung gekündigt haben, bekommen bei einem späteren Wiedereintritt ein technisches Eintrittsdatum. In fast allen Fällen werden sie befristet eingestellt. Selbst wenn sie wieder so lange da sind, wie sie weg waren, wird das technische Eintrittsdatum nicht geändert. Nur dann, wenn der befristete Vertrag wieder entfristet wird, erfolgt in der Regel eine Änderung.

Bei Jubiläumszahlungen hatten wir beispielsweise in der Vergangenheit immer wieder Probleme, weil dieser Personenkreis bei entsprechenden Auswertungen nicht erfasst wurde. Deshalb empfehlen wir den Kolleginnen und Kollegen, sich bei Unklarheiten an den Betriebsrat zu wenden!

Freddy Speth

## Leserbrief: Der Einkauf schafft sich ab

Ab Juli 2010 ist es endlich soweit: In einem „Big Bang“-Szenario wird das neue Boehringer Ingelheim e-Procurement System (BlePS) auf Basis des SAP SRM 7.0 Systems eingeführt.

Das ist die wortgenaue Aussage des Flyers, der das neue System ankündigt. Tatsächlich ging es dann auch mit einem „Big Bang“ los!

Im Rahmen der konzernweit beschlossenen Maßnahmen und der laufenden Projekte zur Steigerung der Effektivität und Effizienz von Prozessen und Schnittstellen erfolgt in Kürze auch die Optimierung der Bestell- und Genehmigungsprozesse (Procure-to-Pay-Prozesse).

Bei der so genannten Big Bang Einführung des neuen Bestellsystems ist die Verwirrung in den Bereichen groß. Ob EasyOrder, Freitext-Bestellung, Bicat oder Matkat, es ist alles so undurchsichtig geworden, dass niemand mehr den Durchblick hat, was er wo bekommt! Der gleiche Artikel in verschiedenen Größen/Ausführungen gibt es zum Teil in einer anderen Anwendung. Wir haben viele Artikel und keiner weiß mehr, was er wo bestellen soll!

Die Bestellung der für die tägliche Arbeit notwendigen Dinge dauert inzwischen um ein vielfaches länger als zuvor. Inzwischen ist das Bestellen kein „neben her“ mehr, sondern zur echten Arbeitsaufgabe geworden die viel Zeit und Nerven in Anspruch nimmt. Was die Belegschaft sehr ärgert: Die Aufgaben des Einkaufs verlagern sich immer mehr in die Fachabteilungen. Einspart wird hierbei überhaupt nichts.

Da auch der Einkauf fleißig war und mit an der vermeintlichen Sparschraube gedreht hat, gibt es jetzt weniger Lieferanten. Das bedeutet, dass Artikel die bisher bei Firma A bestellt worden sind, jetzt nur noch über Firma C bezogen/bestellt werden können. Prinzipiell eine gute Idee mit Sparpotenzial. Da die Sparschraube leider zu fest angezogen wurde, ist es so dass die Firma C immer einen kräftigen Aufschlag auf die bisher bestellten Artikel aufschlägt. Und wir sprechen hier von 4- bis 5-stelligen Summen.

Wären der Problemchen nicht schon genug, so macht auch die Software nicht das, was sie soll. Bei der Übergabe des Warenkorbes kommt es regelmäßig zum Totalausfall des Systems und man darf wieder von vorne beginnen. Hier gibt es aber inzwischen wenigstens Abhilfe über eine Re-Installation über NetInstall (siehe Newsletter vom 24.11.10)

In Zeiten von BPE oder bei Schlagwörtern wie „communication is our key“ ist es erstaunlich, dass solche für ein Unternehmen lebenswichtige Funktionen so unkoordiniert umgestellt werden.

Alexander Heuter



## Wegfall der Sozialversicherungspflicht für Dual Studierende

Zu den Auswirkungen des Urteils des Bundessozialgerichts zur Beitragspflicht dual Studierender in praxisintegrierten Studiengängen

Das Bundessozialgericht (BSG) hat mit Urteil vom 01.12.2009 – B 12 R 4/08 R – (USK 2009-86) entschieden, dass ein/e Studierende/r während eines dreijährigen praxisintegrierten (pi) dualen Studiums weder als gegen Arbeitsentgelt Beschäftigte/r noch als zur Berufsausbildung Beschäftigte/r anzusehen ist. Das BSG argumentiert nun in Bezug auf die praxisintegrierten dualen Studiengänge damit, dass hier die berufspraktischen Phasen im Rahmen der Hochschulausbildung absolviert und von der Hochschule inhaltlich beeinflusst werden und daher nach bewährter Definition Teil des Studiums, also frei von einkommensabhängigen Pflichtbeiträgen zur Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, sind.

Zum 1. Oktober 2010 entfällt für sie die Sozialversicherungspflicht. Dual Studierende in praxisintegrierten Studiengängen werden somit zum 1. Oktober 2010 sozialversicherungsrechtlich als Student/innen behandelt, soweit auch die übrigen Voraussetzungen dafür vorliegen. Die vom BSG-Urteil betroffenen Studierenden sind ab dem 1. Oktober 2010 selbst als Studierende versicherungspflichtig in der Kranken- und der Pflegeversicherung. Die unfallversicherungsrechtliche Beurteilung dual Studierender in pi-Studiengängen ist derzeit noch nicht abschließend geklärt. Zweifellos besteht Unfallversicherungsschutz nach SGB VII. Offen ist, ob der Versicherungsschutz in den Praxisphasen weiterhin über die Hochschule (Landesunfallkasse) besteht (§ 2 I Nr. 8c) oder über die Betriebe hergestellt werden muss (§ 2 I Nr. 2 SGB VII).

Für die vom BSG-Urteil betroffenen Studierenden entfällt zum 1. Oktober 2010 auch die Arbeitslosen- und Rentenversicherungspflicht. Damit erwerben sie auch keine Arbeitslosengeld- und Rentenansprüche mehr. Bei der Rentenversicherung ist es möglich, sich freiwillig zu versichern. Voraussetzung ist, dass bereits ein Rentenanspruch erworben wurde, d.h. dass bereits fünf Jahre Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt wurden. Der monatliche Mindestbeitrag liegt hier bei 79,60 Euro.

Welche Auswirkungen hat das Urteil auf den Anspruch auf Kindergeld und BAföG?

Viele vom BSG-Urteil betroffenen Studierenden dürfen durch die Umstellung auf die versicherungsrechtliche Beurteilung als Student/in ab dem 1. Oktober 2010 mit einem höheren Nettoeinkommen rechnen. Das kann unter Umständen dazu führen, dass Ansprüche auf Kindergeld und BAföG verloren gehen können.

Kindergeld wird während des Studiums bis zum 25 Lebensjahr gezahlt, wenn das Nettoeinkommen des Kindes 8.004 € im Jahr nicht übersteigt.

DGB und Gewerkschaften sind dafür, dass alle Erwerbsverhältnisse bei der Sozialversicherung gleich behandelt werden. Das verhindert, dass die Arbeitgeber die Arbeitnehmer in ungeschützte, für das Unternehmen häufig billigere Erwerbsformen - wie bspw. Soloselbstständigkeit - hineindrängen können.

Jeannette Härtling

## Aktion zum JArbSchG

Finger weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz!!!

Über die wirklich sehr gute Zusammenarbeit mit der neuen Landesbezirksjugendsekretärin Jeannette Härtling (siehe PD 126) hat die JAV von der Aktion „Finger weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz“ der DGB-Jugend erfahren und sich nach kurzer Recherche auf der Internetseite [www.haende-weg.de](http://www.haende-weg.de) an der Aktion beteiligt.



Hintergrund dieser Aktion ist, dass einige Landesregierungen und die Bundesregierung gerne das Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) zur Förderung der Wirtschaft lockern möchten und dafür bereits im Koalitionsvertrag erste Grundsteine gelegt haben. So heißt es dort z. B. unter „Tourismus“ unter anderem: „Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe werden durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut“. Auch sollen die Pausenregelung sowie die Beschäftigungsverbote an Samstagen und Sonntagen gelockert werden.



Ein Zitat: „Derartige Diffamierung des JArbSchG als „Ausbildungshemmnis“ muss scharf zurückgewiesen werden“ (DGB-Jugend, Hände weg, [www.haende-weg.de](http://www.haende-weg.de)).

Die Gewerkschaftsjugend des DGB hat nun die Postkarten-Aktion „Hände weg vom JArbSchG“ gestartet, um möglichst viele Personen zu gewinnen, die mit ihrer Unterschrift der Forderung nach dem Erhalt und dem Ausbau bestehender gesetzlicher Schutzbestimmungen nachkommen möchten.

An der letzten JA-Versammlung wurde diese Aktion den Auszubildenden vorgestellt und die Möglichkeit zum Ausfüllen der ausgelegten Postkarten gegeben. Erfreuliches Ergebnis: Die JAV konnte über 200 Unterschriften auf den Weg schicken, die dann zu gegebener Zeit an die Bundesregierung überreicht werden sollen ...

Anja Kiesle



**Ich bin der Meinung** dass die Ausbildung junger Menschen nicht immer mehr dem Ziel der Gewinnmaximierung unterworfen werden darf. Ich fordere: **Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz!** Ich bin dagegen, dass beispielsweise...

- ... die Höchstarbeitszeiten für die Gewährung von Ruhezeiten angehoben werden (§ 11 JArbSchG), was nichts anderes heißt, als die Pausenzeit zu verkürzen.
- ... das Beschäftigungsverbot für Jugendliche zu bestimmten Tageszeiten und damit das Recht auf Nachtruhe drastisch eingeschränkt wird (§ 14 JArbSchG), was nichts anderes heißt, als die Beschäftigungsverbote nach 20:00 Uhr allgemein auf 22:00 Uhr auszudehnen - und etwa im Gastgewerbe dann womöglich auf 23:00 Uhr oder noch später.
- ... die Beschäftigungsverbote für Jugendliche an Samstagen und Sonntagen eingeschränkt bzw. aufgehoben werden (§§ 16, 17 JArbSchG), was nichts anders als die generelle Duldung der Wochenendarbeit für unter 18jährige bedeutet.

Name, Vorname, Ort



DGB-Jugend  
**Hände weg vom JArbSchG**  
 Henriette-Herz-Platz 2  
 10178 Berlin



## Betriebsversammlung

Am 18. November fand die 3. Betriebsversammlung (BVS) in diesem Jahr statt. Im Vergleich zu den anderen zwei Versammlungen war diese sicherlich am lebhaftesten.

Im Tätigkeitsbericht wurde wie immer auf die Arbeit des Betriebsrats hingewiesen und die aktuelle Situation innerhalb des Betriebes dargestellt. Im Vordergrund stand hier die Umsetzung von StEP. Darüber hinaus hatten aber auch die Mitarbeiter die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden und Fragen zu stellen.

Ein Kollege aus der Forschung nahm sich den Mut und stellte seine Fragen sehr gut vorbereitet an die Geschäftsführer, die anwesend waren.

Diese Fragen konnten aus unserer Sicht nicht so richtig behandelt werden, da dieses Mal nur wenige Vertreter der Geschäftsführung teilnehmen konnten. Verständlicherweise konnte unser Landesleiter Herr Dr. Günster nicht alles beantworten, deswegen sehen wir uns in der Pflicht, allen Fragen nachzugehen und diese auch für die Kollegen zugänglich zu machen, die nicht an der BVS teilgenommen haben.

Wir haben sie größtenteils an die Verantwortlichen weitergeleitet und werden versuchen, schnellstmöglich die Fragen und Antworten im Intranet auf der Betriebsratseite zu veröffentlichen.

Die BVS ist bei der Belegschaft sehr gut angekommen, auch wenn nicht allen Rednern immer Verständnis entgegengebracht werden konnte. Insbesondere die deutliche Ansprache der Probleme und die angebotenen Lösungsansätze kamen in der Belegschaft gut an. Dies zeigten uns die vielen schriftlichen und mündlichen Rückmeldungen direkt danach.

Wir fühlen uns bestätigt, dass es sehr wichtig ist, mit den Betriebsversammlungen die Mitarbeiter zu informieren.

Überrascht, ja zum Teil sogar entsetzt, über so manche Reaktionen und Äußerungen seitens der GF äußerten sich viele Kollegen und Kolleginnen. Auch wir Betriebsräte waren erstaunt hierüber, sehen wir doch den offenen und sachlichen Austausch als wesentlichen Bestandteil einer Betriebsversammlung an. Dies lag aber nicht an der Sprache, sondern eher an der Umgangsweise zwischen den Rednern.

Es wäre schade, wenn sich dadurch Mitarbeiter einschüchtern ließen und uns zukünftig keine Fragen mehr zukommen lassen oder sich nicht mehr trauen würden, Fragen offen auf der BVS zu stellen.

Der Betriebsrat

### Leserbrief

#### **„So Schlecht kann es ja nicht sein, Sie arbeiten ja noch hier!“**

Da gibt sich also jemand die Mühe und bereitet für die Betriebsversammlung Fragen und Probleme aus seinem Arbeitsumfeld vor, um die Geschäftsführung daraufhinzuweisen, an welchen Stellen noch Verbesserungspotential besteht. Und es wird gleich als Kritik gesehen. Er zeigt mit dem Finger auf Dinge, die jedem Mitarbeiter die Arbeit erleichtern sollen, (z.B. Easy Order und BI-Cat), aber genau das Gegenteil bezwecken, so dass man viel mehr Zeit in Arbeiten steckt, die man vorher so nicht machen musste.

Dass dies natürlich nicht sonderlich produktiv ist, sollte jedem klar sein.

Es ist sicher nicht so schlimm, zumindest für einen persönlich, wenn die Firma z.B. für Robotersystemspitzen im Jahr einige Tausend Euro mehr bezahlt, als sie eigentlich müsste. Davon hängen selten die Ziele eines einzelnen Mitarbeiters ab.

Aber ernsthaft, wenn wir alle an einem Strang ziehen sollen, um ein möglichst gutes Ergebnis zu erzielen, muss man doch jeden einzelnen loben, der von sich aus das vorhandene System überprüft, um für die gesamte Firma bares Geld zu sparen. Verbesserungen kann es nur dann geben, wenn wir immer wieder unsere Arbeit überprüfen, um zu sehen, ob es wirklich Sinn macht was wir da tun. Hoffen wir also, dass es nicht so schlecht wird, das wir auf einmal nicht mehr alle hier arbeiten.

Nikolai Roosz

## Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung 2010

Alle Jahre wieder ...

Am 26. Oktober 2010 wurde die neue Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) am Standort Biberach gewählt. Die Wahlkabinen standen von 10:00 – 14:00 Uhr im H55 bereit und wurden mit einer Wahlbeteiligung von ca. 60 % auch rege genutzt.



Das Ergebnis der Wahl war bei den knapp über 300 Auszubildenden dann auch recht schnell ausgezählt, so dass sich am Ende folgende Kandidaten freuen durften:

Erik Volkmann (Chemielaborant), Ilona Weirich (Chemielaborantin), Johannes Kugler (DH-Student Elektrotechnik), Alexander Aigner (Elektroniker für Automatisierungstechnik), Anja Kiesle (Kaufrau für Bürokommunikation), Benno Möhrle (Elektroniker für Automatisierungstechnik), Verena Maier (Kaufrau für Bürokommunikation), Ann-Kathrin Felger (Pharmakantin) und Norman Rauch (Kaufmann für Bürokommunikation).

Bei der konstituierenden Sitzung am 9. November 2010 wurden dann die bisherigen Vorsitzenden einstimmig in ihrem Amt bestätigt. So fungiert Erik Volkmann weiterhin als Vorsitzender und Anja Kiesle als seine Stellvertreterin.

Wir freuen uns auf zwei Jahre Amtszeit mit vielen tollen Aktionen und freuen uns auf Vorschläge aus der Belegschaft, für die wir jederzeit ein offenes Ohr haben.

Eure JAV  
Anja Kiesle

## KBV „TEILZEIT“ in Kraft

Seit März ist die Konzernbetriebsvereinbarung (KBV) Teilzeit, rückwirkend zum 1. Januar 2010, in Kraft getreten.

Inhalte dieser Vereinbarung sind:

Definition der Teilzeit, Anspruch, Antragsverfahren, Entscheidung usw.

Mit dieser KBV erhoffen wir uns mehr Transparenz im Thema Teilzeit, indem hier genau geregelt ist, wie und wer einen Antrag auf Teilzeit stellen kann, nämlich jeder.

Teilzeitarbeit liegt vor, wenn die vereinbarte Arbeitszeit kürzer ist als die tarifliche regelmäßige Arbeitszeit. Alle Mitarbeiter haben einen Anspruch auf Verringerung ihrer vertraglich vereinbarten Arbeitszeit nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG), soweit betriebliche Gründe nicht entgegenstehen.

Der Antrag auf Verringerung der Arbeitszeit ist - unabhängig vom Ergebnis des Gesprächs mit dem Vorgesetzten - schriftlich spätestens 3 Monate vor Beginn der gewünschten Verringerung an die zuständige Personalleitung zu stellen. Auch die Stellenausschreibungen werden geprüft inwieweit sie Teilzeitfähig ausgeschrieben werden können.

Nähere Informationen finden Sie im Intranet ISPD

Arbeitszeit  
Allgemein  
Teilzeit

Nicole Weiss

## Jetzt Mitglied werden!

Unterstützen sie unsere Arbeit und werden IGBCE Mitglied. Die nächste Tarifverhandlung steht vor der Tür. Nur gemeinsam können wir was erreichen.

Ausgefüllte Formulare senden sie bitte an das Betriebsratsbüro K32 z.H. Freddy Speth

\*Bezirks-Nr.: \_\_\_\_\_ \*Mitgl.-Nr.: \_\_\_\_\_  
 \*Dieses wird von den Bezirken ausgefüllt.

**Beitrittserklärung und Einzugsvollmacht**

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Geburtsdatum: \_\_\_\_\_  m /  w  
 PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_  
 Straße/Haus-Nr.: \_\_\_\_\_  
 Nationalität: \_\_\_\_\_  
 privat  
 E-Mail: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_  
 Mobiltelefon: \_\_\_\_\_  
 dienstlich  
 E-Mail: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_  
 Mobiltelefon: \_\_\_\_\_  
 Werber/-in: \_\_\_\_\_  
 Eintritt: \_\_\_\_\_  
 Übertritt/Vorgew.: \_\_\_\_\_  
 Monatl. Bruttoeinkommen/Eingruppierung: \_\_\_\_\_  
 Personalnummer: \_\_\_\_\_  
 Beschäftigt bei: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Tätigkeit: \_\_\_\_\_

**Berufsgruppe** (Zutreffendes im Kreis ankreuzen)

01  Un-/Angelernte      06  Büroangestellter/Kaufleute  
 02  Handwerker/-innen und  
 Facharbeiter/-innen      07  Akademiker/-innen  
 08  AT-Angestellte  
 03  Meister/-innen      09  Angestellte im Außendienst  
 10  Leitende Angestellte  
 04  Technische Angestellte und  
 Ingenieur/-innen      11  Beamte bzw. Beamtinnen  
 05  Chemotechniker/-innen und  
 Laboranten bzw. Laborantinnen      12  Sonstige Angestellte  
 unter Tage

Ausbildungsbeginn (Monat/Jahr): \_\_\_\_\_  
 Ausbildungsjahr: \_\_\_\_\_  
 Ausbildungsende (Monat/Jahr): \_\_\_\_\_

Das vollständig ausgefüllte  
 Formular zusammen mit der  
 Karte bitte **zusenden** oder bei  
 Ihrem **Betriebsrat abgeben**



**Gemeinsam die Zukunft sichern und gestalten!**

Winterzeit – Eiszeit? Nein, der Jahreswechsel, die Zeit mit Eis und Schnee hat viele schöne Seiten. Man blickt auf das vergangene Jahr zurück und hat viele schöne, manchmal auch sorgenvolle Blicke nach vorn.  
 Was war gut? Würden unsere Erwartungen erfüllt? Aber auch: Was erwarten wir vom Jahr 2011? Was müssen wir tun, damit sich unsere Wünsche erfüllen?

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat wieder deutlich gemacht, wie notwendig starke Gewerkschaften sind. Wir konnten die Bundesregierung dazu bringen, dass mit den richtigen Entscheidungen eine Vielzahl von Arbeitsplätzen erhalten bleibt und die Wirtschaft nicht in den vollständigen Abgrund fiel. Mit unserer Tarifpolitik haben wir wieder einmal bewiesen, dass eine Brücke zwischen Beschäftigungssicherung und wirtschaftlichem Wachstum geschlagen werden kann.  
 Ohne uns hätte es eine große Katastrophe für Wirtschaft und Gesellschaft werden können. Die derzeitigen politischen Entscheidungen gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beweisen, dass wir noch stärker werden müssen, wenn wir die



Wir sagen Danke und wünschen ein gutes Jahr 2011.

nun folgenden radikalen Sparmaßnahmen nicht nur auf dem Rücken der kleinen Leute austragen lassen wollen.  
 Das wollen wir nicht zulassen. Aus der Krise muss gelernt werden. Eine gemeinsame gute Zukunft ist nur mit einem gerechten Finanz-, Wirtschafts- und Sozialsystem möglich. Wir können den notwendigen Druck machen, wenn wir ausreichende Unterstützung bekommen. Nur gemeinsam sind wir stark genug.  
**„Jetzt geht es um uns!“**

Um unsere Ziele zu erreichen, brauchen wir mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Wir möchten euch bitten, für uns zu werben, um die Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass nur eine starke IG BCE auch überzeugend auftreten kann. Besonders allen aktiven Mitgliedern danken wir für ihr großes Engagement und bitten um eure weitere Unterstützung.  
 Wir möchten die kalte Jahreszeit nutzen und mit warmen Worten den aktiven Mitgliedern für Ihr engagiertes Wirken für eine starke IG BCE danken. Helft uns bitte, auch weiterhin! Wir wollen noch mehr werben! Neue Mitglieder sind uns herzlich willkommen.

**Ich habe folgendes Mitglied geworben:**

Name \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Telefon \_\_\_\_\_

Bitte diese Karte nach Möglichkeit zusammen mit der Beitrittserklärung an die umseitige Adresse schicken.



www.mitgliedwerden.igbce.de



# WINTERSPORTPARADIES BI

